

Das Opferanspruchssicherungsgesetz

Der Zugriff des Opfers einer Straftat auf die Medienerlöse des Täters unter Berücksichtigung grenzüberschreitender Sachverhalte

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität zu Köln

vorgelegt von

Rechtsanwalt Meiko Stenger

aus: Darmstadt

Referent: Professor Dr. Heinz-Peter Mansel
Korreferent: Professor Dr. Dr. h.c. Uwe Hübner
Tag der mündlichen Prüfung: 12. Januar 2006

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Meiko Stenger

Das Opferanspruchssicherungsgesetz

Der Zugriff des Opfers einer Straftat
auf die Medienerlöse des Täters unter Berücksichtigung
grenzüberschreitender Sachverhalte

D 38 (Diss. Universität zu Köln)

Shaker Verlag
Aachen 2006

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2006

Copyright Shaker Verlag 2006

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8322-4902-8

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Meinen lieben Eltern

Vorwort

Die vorliegende Dissertation wurde unter der Betreuung von Herrn Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln angefertigt.

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel gab die Anregung zu dieser Arbeit. Ihm möchte ich im Besonderen für die mir stets zugekommene Unterstützung sowie seinen offenen und stets herzlichen Umgängen mit Fragen und Problemen ganz herzlich danken. Er ließ mir während der Erstellung dieser Arbeit einerseits den notwendigen gedanklichen Freiraum andererseits stand er mir stets mit überzeugenden und hilfreichen Anregungen sowie sehr wertvoller Kritik zur Seite.

Mein Dank gilt des weiteren Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Uwe Hübner für die prompte Erstellung des Zweitgutachtens.

Ganz besonderer Dank gilt meinen geliebten Eltern. Sie haben mir durch ihre immerwährende Unterstützung eine gänzlich unbeschwerte juristische Ausbildung zu Teil werden lassen und damit das Entstehen dieser Arbeit erst möglich gemacht sowie nachhaltig gefördert. Ihnen ist daher die vorliegende Arbeit gewidmet.

Desweiteren gilt mein herzlicher Dank Herrn Dr. Siegfried Schoch für das Korrekturlesen der Arbeit sowie seine sehr konstruktiven Anmerkungen und Anregungen.

Mein größter Dank aber gilt meiner Frau, Dr. Ann-Kristin Stenger, die mich mit ihrer liebevollen Art durch alle "Untiefen" der Erstellung einer solchen Arbeit begleitet hat und nicht müde wurde, mich mit aufmunternden Worten sowie jeder denkbaren Unterstützung zur Fertigstellung anzuspornen; ihre tägliche Begleitung, das Korrekturlesen sowie ihre konstruktive Kritik hat ganz wesentlich zur Erstellung dieser Arbeit beigetragen.

Meiko Stenger
München, im Februar 2006

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	I
Inhaltsverzeichnis	V
§ 1 Einleitung	1
1. Teil: Der Hintergrund des Gesetzes	7
§ 2 Der Schutz für Opfer von Straftaten.....	7
I. Der Opferschutz in den USA – Die „Son-of-Sam“ Gesetze	7
II. Der Opferschutz in Deutschland	11
III. Der Zugriff auf Honorargewinne des Täters vor Erlass des OASG	21
§ 3 Die Zielsetzung des OASG	32
I. Die Verbesserung des zivilrechtlichen Opferschutzes	32
II. Keine Prävention oder Prohibition.....	33
III. Die Entlastung der Solidargemeinschaft	34
§ 4 Der Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens	35
I. Der Gesetzesentwurf der Bayerischen Landesregierung.....	36
II. Der Gesetzesentwurf des Bundesrates	36
III. Die Stellungnahme der Bundesregierung	37
IV. Die Stellungnahme des Bundestages	38
V. Der Vorschlag des Rechtsausschusses des Bundestages	38
VI. Die Verabschiedung und Ausfertigung des OASG	39
VII. Anmerkung zum Gesetzgebungsverlauf	39
2. Teil: Das Pfandrecht	41
§ 5 Grundbegriffe und Systematik der Pfandrechte	41
I. Inhaltsbestimmung des Pfandrechts (§§ 1204 bis 1296 BGB).....	41
II. Die Akzessorietät	46
III. Die Spezialität (Bestimmtheitsgrundsatz)	48
IV. Die Publizität	48
V. Das Erlöschen des Pfandrechts	49
VI. Die Verwertung des Pfandes	50
VII. Das Rangverhältnis mehrerer Gläubiger - Das Prioritätsprinzip	54

VIII. Der Schutz des Pfandgläubigers.....	56
IX. Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz.....	57
§ 6 Besonderheiten des gesetzlichen Pfandrechts an Forderungen.....	60
I. Allgemeines	60
II. Terminologie.....	60
III. Die Forderung.....	61
IV. Die Publizität.....	62
V. Das Erlöschen.....	62
VI. Die Verwertung des Pfandes.....	64
VII. Die Position des Schuldners	68
VIII. Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz	75
3. Teil: Die Analyse des OASG.....	79
§ 7 Das OASG im Einzelnen	79
I. Die Wahl des Rechtsinstituts	79
II. Die Anwendbarkeit des OASG.....	84
III. § 1 OASG: Gesetzliches Forderungspfandrecht	86
IV. § 7 OASG: Umgehungsverbot	117
V. § 2 OASG: Mehrere Geschädigte.....	144
VI. § 3 OASG: Anteilmäßige Befriedigung	148
VII. § 4 OASG: Auskunftspflicht.....	149
VIII. § 5 OASG: Hinterlegung.....	170
IX. § 6 OASG: Ergänzende Bestimmungen.....	171
X. § 8 OASG: Übergangsvorschriften und Inkrafttreten	173
§ 8 Der Vorschlag einer Neufassung des OASG.....	175
4. Teil: Das OASG im System des internationalen Privatrechts	177
§ 9 Die international privatrechtliche Anknüpfung	177
I. Der Auslandsbezug	177
II. Die Ermittlung der maßgeblichen Kollisionsnorm.....	178
III. Die autonome Anknüpfung des OASG.....	185
IV. Die Sonderanknüpfung zwingenden Rechts: Art. 34 EGBGB	190
V. Endergebnis und Stellungnahme	200

§ 10 Schluss und Zusammenfassung.....	203
Literaturverzeichnis.....	221
Entscheidungsregister und Fundstellenverzeichnis.....	234
Anhang A	238
Anhang B.....	240
Anhang C.....	242

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	I
Inhaltsverzeichnis	V
§ 1 Einleitung	1
1. Teil: Der Hintergrund des Gesetzes	7
§ 2 Der Schutz für Opfer von Straftaten.....	7
I. Der Opferschutz in den USA – Die „Son-of-Sam“ Gesetze	7
1. Die Entstehung der „Son-of-Sam“ Gesetze	7
2. Die inhaltliche Ausgestaltung des New Yorker „Son-of-Sam“ Gesetzes.....	8
a) Die Gesetzesfassung von 1978 und 1981.....	8
b) Die Änderungen des Jahres 1992.....	9
II. Der Opferschutz in Deutschland	11
1. Das Opferentschädigungsgesetz - OEG.....	11
2. Die Regelungen des Opferschutzes im Strafverfahrensrecht.....	13
a) Das Opferschutzgesetz vom 18.12.1986	14
b) Das Adhäsionsverfahren, §§ 403 ff. StPO	15
c) Zahlungserleichterungen, § 495 a StPO	16
d) Der Täter-Opfer-Ausgleich.....	17
e) Die Zurückgewinnungshilfe.....	18
3. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche aufgrund der Straftat	20
a) Schadensersatzansprüche aus Vertrag.....	20
b) Schadensersatzansprüche aus Delikt.....	20
c) Die Höhe des Schadensersatzes	21
III. Der Zugriff auf Honorargewinne des Täters vor Erlass des OASG	21
1. Die Sondersituation der Opfer von Straftaten	22
2. Die zivilverfahrensrechtliche Möglichkeit: Der dingliche Arrest §§ 916 ff. ZPO.....	23
3. Die materiell-zivilrechtliche Zugriffsmöglichkeit: Abtretungsansprüche	25
a) Der Abtretungsanspruch nach den §§ 687 Abs. 2 S. 1, 681 S. 2, 667 BGB	25
b) Der Abtretungsanspruch aufgrund einer Parallelwertung zu den sog. Schmiergeldfällen.....	26

aa) Die Ansicht von <i>Heinze</i>	26
bb) Stellungnahme	27
c) Die Eingriffskondiktion gemäß § 812 Abs. 1 S. 1 2. Alt. BGB	28
4. Zusammenfassung	30
§ 3 Die Zielsetzung des OASG.....	32
I. Die Verbesserung des zivilrechtlichen Opferschutzes.....	32
II. Keine Prävention oder Prohibition	33
III. Die Entlastung der Solidargemeinschaft.....	34
§ 4 Der Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens.....	35
I. Der Gesetzesentwurf der Bayerischen Landesregierung	36
II. Der Gesetzesentwurf des Bundesrates.....	36
III. Die Stellungnahme der Bundesregierung.....	37
IV. Die Stellungnahme des Bundestages	38
V. Der Vorschlag des Rechtsausschusses des Bundestages.....	38
VI. Die Verabschiedung und Ausfertigung des OASG.....	39
VII. Anmerkung zum Gesetzgebungsverlauf.....	39
2. Teil: Das Pfandrecht	41
§ 5 Grundbegriffe und Systematik der Pfandrechte.....	41
I. Inhaltsbestimmung des Pfandrechts (§§ 1204 bis 1296 BGB)	41
1. Das Pfandrecht als dingliches Verwertungsrecht.....	41
2. Das Objekt des Pfandrechts.....	42
3. Arten und Entstehung von Pfandrechten	43
a) Das Vertragspfandrecht	43
b) Das gesetzliche Pfandrecht.....	43
c) Das Pfändungspfandrecht	44
4. Die Verweisungstechnik der §§ 1204 ff. BGB	45
II. Die Akzessorietät.....	46
1. Abhängigkeit vom Bestand der Forderung.....	46
2. Abhängigkeit vom Inhalt der Forderung	46
3. Abhängigkeit bei der Übertragung der Forderung.....	47
III. Die Spezialität (Bestimmtheitsgrundsatz).....	48
IV. Die Publizität.....	48
V. Das Erlöschen des Pfandrechts.....	49

VI. Die Verwertung des Pfandes	50
1. Der Zeitpunkt der Verwertung	50
2. Die Verwertungsarten.....	50
a) Das Pfandrecht an Sachen	50
b) Das Pfandrecht an Rechten	51
3. Die Zuordnung des Erlöses.....	52
a) Die Grundsätze der Erlösverteilung	52
b) Das Nichtbestehen vorrangiger Rechte.....	53
c) Das Bestehen vorrangiger Rechte	53
VII. Das Rangverhältnis mehrerer Gläubiger - Das Prioritätsprinzip	54
VIII. Der Schutz des Pfandgläubigers	56
1. Schutz über § 1227 BGB i.V.m. Schutzansprüchen aus dem Eigentum.....	56
2. Der Schutz über allgemeine Vorschriften	56
3. Der Schutz in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz.....	57
IX. Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz	57
1. Die Insolvenz des Verpfänders.....	57
2. Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung	58
a) Pfandsache im Besitz des Pfandgläubigers	58
b) Pfandsache nicht im Besitz des Pfandgläubigers.....	59
§ 6 Besonderheiten des gesetzlichen Pfandrechts an Forderungen	60
I. Allgemeines.....	60
II. Terminologie.....	60
1. Die Begriffe be- bzw. gesicherte und pfandrechtsbelastete bzw. verpfändete Forderung	60
2. Die Begriffe Pfandgläubiger, Gläubiger und Schuldner in den §§ 1279 ff. BGB	61
III. Die Forderung.....	61
IV. Die Publizität	62
V. Das Erlöschen	62
1. Exkurs: Die Möglichkeit des gutgläubigen (lastenfreien) Erwerbes von Sachen	62
2. Der gutgläubige lastenfreie Erwerb einer Forderung.....	63
VI. Die Verwertung des Pfandes	64
1. Die Verwertungsrechte des Pfandgläubigers.....	64

2. Mehrheit von Pfandgläubigern	65
a) Das Rangverhältnis mehrerer Pfandgläubiger	65
b) Das Recht zur Einziehung	65
3. Die Rechte des Pfandgläubigers vor der Pfandreife (§ 1281 Satz 2 BGB) ...	66
4. Die Rechte des Pfandgläubigers nach der Pfandreife (§ 1282 BGB).....	67
5. Die Eigentumsverhältnisse am Eingezogenen (§§ 1287, 1288 BGB).....	67
a) Die Einziehung beweglicher Sachen	68
b) Die Einziehung von Geld	68
VII. Die Position des Schuldners	68
1. Die Leistung des Schuldners in Gemäßheit der §§ 1281, 1282 BGB	69
2. Die Leistung des Schuldners unter Verstoß gegen die §§ 1281, 1282 BGB	69
a) Die Kenntnis des Schuldners von der Verpfändung.....	70
b) Die Leistung des Schuldners in Kenntnis.....	71
aa) Gattungsschuld und Geldschuld.....	72
bb) Speziesschuld.....	72
c) Die Leistung des Schuldners in Unkenntnis.....	73
3. Die Rechte des Schuldners gegenüber dem Pfandgläubiger	74
VIII. Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz	75
1. Zwangsvollstreckung Dritter gegen den Gläubiger	75
2. Die Insolvenz des Gläubigers	76
3. Die Insolvenz des Schuldners.....	76
3. Teil: Die Analyse des OASG	79
§ 7 Das OASG im Einzelnen	79
I. Die Wahl des Rechtsinstituts	79
1. Eine Alternative zum gesetzlichen Pfandrecht	80
a) Der Forderungsübergang	80
aa) Rechtssystematische Bedenken.....	80
bb) Rechtliche Schwierigkeiten	81
cc) Stellungnahme.....	82
b) Die Sicherungsabtretung	82
2. Stellungnahme	83
II. Die Anwendbarkeit des OASG.....	84
1. Die Abhängigkeit des OASG vom StGB.....	84

2. Der räumliche und persönliche Anwendungsbereich des StGB	85
3. Zusammenfassung.....	85
III. § 1 OASG: Gesetzliches Forderungspfandrecht	86
1. Die Terminologie des OASG	86
2. Die ratio legis	87
a) Allgemeine Aspekte	87
b) Die Schwere der Straftat als Kriterium	87
3. § 1 Abs. 1 Satz 1: Die Entstehung eines gesetzlichen Pfandrechts (tatbezogen).....	88
a) Die Definition des Gläubigers.....	88
aa) Täter oder Teilnehmer (Tatbeteiligter)	88
bb) Die rechtswidrige Tat im Sinn des § 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB.....	88
aaa) Die Abgrenzung zu nicht strafrechtswürdigen Handlungen	89
bbb) Keine Notwendigkeit einer Strafverfolgung oder Verurteilung	89
cc) Die öffentliche Darstellung der Tat	90
aaa) Darstellungsweise und Darstellungsgegenstand	90
bbb) Der inhaltliche Umfang der Tat innerhalb einer öffentlichen Darstellung	90
dd) Die pfandrechtsbelastete Forderung.....	91
b) Die Definition des Schuldners („Dritter“)	92
c) Kritik am (weiten) Anwendungsbereich	92
aa) Kritik von <i>Silverman</i>	92
bb) Stellungnahme	93
4. § 1 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz: Die Entstehung eines gesetzlichen Pfandrechts (täterbezogen).....	94
a) Die ratio legis	94
b) Der Anknüpfungspunkt für das Entstehen des Pfandrechts nach § 1 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz.....	94
c) Die Begrenzung der Entstehung des Pfandrechts nach § 1 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz	95
aa) Prominente Straftäter	95
bb) Für die öffentliche Darstellung bestimmend.....	95
d) Kritik an der Vorschrift.....	97
aa) Die Kritik von <i>Nowotsch</i>	97

bb) Die Kritik von <i>Dörstelmann</i>	98
e) Stellungnahme	99
f) Der Vorschlag einer Neufassung des § 1 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 1. Halbsatz OASG	100
5. § 1 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz: Die Fristenregelung	100
a) Die ratio legis	100
b) Die Bestimmung einer Frist für den § 1 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz OASG	101
c) Die Kritik von <i>Dörstelmann</i>	102
d) Stellungnahme	102
6. Das Konkurrenzverhältnis des § 1 Abs. 1 Satz 1 zu § 1 Abs. 1 Satz 2	105
7. § 1 Abs. 1 Satz 3: Der Fristbeginn	105
8. § 1 Abs. 1 Satz 4: Die Fristberechnung	106
9. § 1 Abs. 2: Das Abtretungsverbot	106
a) Die Vereitelung der Bestellung vorrangiger Pfandrechte, § 1274 Abs. 2 BGB	106
b) Durchgangs- oder Direkterwerb	107
c) Das Verbot der Zwangsvollstreckung (§ 851 ZPO)	107
d) Die Möglichkeiten zur Beeinträchtigung des Pfandrechts	108
10. § 1 Abs. 3 1. Halbsatz: Die Definition des Pfandgläubigers	108
a) „Verletzer“ im Sinn des § 172 Abs. 1 StPO	109
aa) Exkurs: Klageerzwingungsverfahren	109
bb) Der unmittelbar Geschädigte	110
cc) Der mittelbar Geschädigte	110
dd) Die Ausgrenzung der übrigen Geschädigten	111
b) Die Erforderlichkeit eines Schadensersatzanspruchs	111
11. § 1 Abs. 3 2. Halbsatz: Die Akzessorietät	112
12. Die Ansprüche des OASG im Hinblick auf die allgemeinen Verjährungsfristen des BGB	112
a) Der Einwand von Silverman	112
b) Stellungnahme	113
13. Abtretung und Übergang des Schadensersatzanspruchs des Opfers	114
14. Zusammenfassung und Stellungnahme	115
15. Der Vorschlag einer Neufassung des § 1 OASG	116
IV. § 7 OASG: Umgehungsverbot	117

1. Vorbemerkung.....	117
2. Der Gesetzgebungsverlauf und ratio legis	117
a) Die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers	117
aa) Der Entwurf der Bayerischen Landesregierung	118
bb) Der Entwurf des Bundesrates	119
b) Die endgültige Fassung	120
3. Die Entstehung eines gesetzlichen Pfandrechts an „Drittforderungen“	121
a) Der erfasster Personenkreis und erfasste Forderungen („Begünstigte“). 121	
aa) Strohmangengeschäfte.....	122
bb) Vermarktungskette	122
cc) Vertrag zu Gunsten Dritter	122
dd) Die Forderung als „Gegenleistung“ für eine öffentliche Darstellung	123
b) Die Mitwirkung eines Tatbeteiligten an der Veröffentlichung.....	124
c) Das Erlangen eines geldwerten Vorteils aus der Veröffentlichung	125
aa) Der geldwerter Vorteil.....	125
bb) Aus der Veröffentlichung.....	126
4. Das Verhältnis zu § 1 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 OASG.....	127
5. Stellungnahme.....	128
a) Die Darlegungs- und Beweislast	128
aa) Das Merkmal „aus der Darstellung“	128
aaa) Problematik	128
bbb) Die Ansicht von <i>Kainz</i>	128
ccc) Stellungnahme	129
ddd) Neuformulierung	130
bb) Das Merkmal „nach den Umständen“	130
aaa) Problematik	130
bbb) Neuformulierung	131
cc) Das Merkmal „aus der Veröffentlichung“	131
b) Der Begriff des Begünstigten.....	132
aa) Die mögliche „Übersicherung“ bzw. „Übervorteilung“ des Pfandgläubigers.....	132
bb) Der Eingriff in die Rechte Dritter	133
aaa) Die Ansicht von <i>Nowotsch</i>	134
bbb) Stellungnahme	134

cc) Zusammenfassung.....	135
c) Das Problem des geldwerten Vorteils.....	136
aa) Sachleistungen und Rechte.....	137
bb) Forderungen.....	138
cc) „Sonstige“ Vorteile.....	138
aaa) Die ersparte Aufwendungen und Befreiung von Lasten.....	138
bbb) Die Forderung des Tatbeteiligten auf die Gewährung der „sonstigen“ Vorteile.....	139
dd) Altruistische Zuwendungen.....	139
ee) Ergebnis.....	140
d) Zusammenfassung.....	140
6. Der Vorschlag einer Neufassung des § 7 OASG.....	142
7. Die fehlende Zitierung des § 7 OASG in einzelnen Paragraphen des OASG.....	144
V. § 2 OASG: Mehrere Geschädigte.....	144
1. § 2 Satz 1: Das Rangverhältnisse im Falle einer Mehrheit von Pfandgläubigern.....	144
a) Das Kriterium für das Rangverhältnis.....	145
b) Auslegung.....	146
2. § 2 Satz 2: Die Leistung nur an alle gemeinschaftlich.....	147
VI. § 3 OASG: Anteilmäßige Befriedigung.....	148
VII. § 4 OASG: Auskunftspflicht.....	149
1. Die ratio legis.....	149
a) Die Situation des Opfers bei Veröffentlichung einer Straftat.....	149
b) Die Notwendigkeit eines selbständigen Auskunftsanspruchs im OASG.....	150
2. Der Gesetzgebungsverlauf.....	151
a) Der Entwurf der Bayerischen Landesregierung.....	151
b) Der Entwurf des Bundesrates.....	151
c) Die finale Fassung im OASG durch den Bundestag.....	152
3. § 4 Satz 1.....	152
a) Die Voraussetzungen des Auskunftsanspruchs.....	152
aa) Der Auskunftsberechtigte und das mögliche Bestehen eines gesetzlichen Pfandrechts.....	152
bb) Darlegungs- und Beweislast.....	153

b) Der Auskunftspflichtige.....	153
c) Der Umfang der Auskunftspflicht.....	155
aa) Allgemeines	155
bb) Das Problem der Kenntnis von Gläubiger und Schuldner innerhalb einer Vermarktungskette	155
aaa) Die grammatikalische Auslegung	156
bbb) Die teleologische und die historische Auslegung	156
ccc) Die systematische Auslegung.....	158
ddd) Ergebnis und Stellungnahme	159
4. § 4 Satz 2: Die Beschränkung des Auskunftsanspruchs	160
a) Der Eingriff in Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte sowie Verschwiegenheitspflichten	160
aa) Die Prozessuale Aussage- und Auskunftsverweigerungsrechte	161
bb) Die Verschwiegenheitspflichten	162
aaa) Der Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts von Presse und Rundfunk (vgl. § 383 Abs. 1 Nr. 5 ZPO).....	163
bbb) Der Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts des Rechtsanwaltes (vgl. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO).....	164
b) Die Begrenzung des Auskunftsanspruchs.....	165
aa) Die Begrenzung des Auskunftsanspruchs durch Verschwiegenheitspflichten	165
bb) Die Begrenzung des Auskunftsanspruchs durch materielle Auskunftsverweigerungsrechte	166
cc) Die Begrenzung des Auskunftsanspruchs durch Auskunftsverweigerungsrechte aufgrund der Grundrechte	166
c) Stellungnahme	168
5. Zusammenfassung und Stellungnahme.....	169
6. Der Vorschlag einer Neufassung des § 4 OASG.....	170
VIII. § 5 OASG: Hinterlegung	170
1. § 5 Satz 1.....	170
2. § 5 Satz 2.....	171
IX. § 6 OASG: Ergänzende Bestimmungen	171
1. Das Recht auf Verwertung (Einziehung)	172
2. Der Schutz des Pfandrechts vor Beeinträchtigung bei Auszahlung der Honorarforderung an den Tatbeteiligten vor Zugriff des Opfers	172

X. § 8 OASG: Übergangsvorschriften und Inkrafttreten	173
§ 8 Der Vorschlag einer Neufassung des OASG	175
4. Teil: Das OASG im System des internationalen Privatrechts	177
§ 9 Die international privatrechtliche Anknüpfung	177
I. Der Auslandsbezug	177
1. Sachverhalte mit Auslandsbezug nach Art. 3 Abs. 1 EGBGB.....	177
2. Die erfassten Sachverhalte vor dem Hintergrund des OASG.....	177
II. Die Ermittlung der maßgeblichen Kollisionsnorm.....	178
1. Das Sachstatut Art. 43-46 EGBGB.....	179
2. Das Deliktsstatut Art. 40-42 EGBGB.....	179
a) Anknüpfung aufgrund der Akzessorietät des Pfandrechts zur Schadensersatzforderung	179
b) Das Pfandrecht als Teilrecht an der pfandrechtsbelasteten Forderung...	180
c) Stellungnahme	180
3. Das Vertragsstatut Art. 27 ff. EGBGB.....	181
a) Die Qualifikation der pfandrechtsbelasteten Forderung.....	182
aa) Grundsatz: Parteiautonomie (Art. 27 Abs. 1 Satz 1 EGBGB)	182
bb) Ausnahme: Art. 27 Abs. 3 EGBGB	182
aaa) Allgemeines	182
bbb) Das OASG als ius cogens	183
cc) Das mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht	183
b) Die Auswirkung auf die Anwendbarkeit des OASG.....	184
4. Zwischenergebnis	185
III. Die autonome Anknüpfung des OASG	185
1. Allgemeines	185
2. Die Parallele zum Anwendungsbereich des StGB.....	188
3. Zwischenergebnis und Stellungnahme	189
IV. Die Sonderanknüpfung zwingenden Rechts: Art. 34 EGBGB	190
1. Problemstellung.....	190
2. Reichweite	191
a) Die Auswirkung auf vertragliche Rechte und Pflichten	191
b) Das OASG im Anwendungsbereich des Art. 34 EGBGB.....	191
3. International zwingende Vorschriften.....	192

a) Jus cogens.....	192
b) Die explizite Anordnung der internationalen Geltung.....	192
c) Die internationale Geltung aufgrund des Zwecks einer Vorschrift	193
aa) Der Schutz öffentlicher Interessen.....	193
bb) Individueller Interessenausgleich.....	194
cc) Stellungnahme	196
4. Das OASG als zwingende Vorschrift iSd Art. 34 EGBGB.....	196
a) Die Gesetzesbegründung.....	196
b) Tatbestandsmerkmale innerhalb des OASG	197
c) Der Zweck des OASG.....	197
aa) Das Öffentliche Interesse: Zivilrechtlicher Opferschutz.....	197
bb) Die Internationalität der vom OASG geregelten Sachverhalte	199
d) Ergebnis	199
5. Der Inlandsbezug	200
6. Zwischenergebnis.....	200
V. Endergebnis und Stellungnahme	200
§ 10 Schluss und Zusammenfassung.....	203
Literaturverzeichnis.....	221
Entscheidungsregister und Fundstellenverzeichnis.....	234
Anhang A	238
Anhang B.....	240
Anhang C.....	242